

Mittelsächsische LinksWorte

24. Februar 2016

Nr. 102

10. Jahrgang



Der Frühling meldete sich in diesem Jahr schon Ende Januar und im Februar zu Wort, wie auch diese Schneeglöckchen zeigen, aufgenommen am 12. Februar. DIE LINKE startet im Rahmen ihrer Kampagne „Das muss drin sein“ mit dem Schwerpunkt „Gesundheit und Pflege“ in den Frühling. Leider liefert der Landkreis Mittelsachsen mit der Schließung der Krankenhäuser in Frankenberg und Rochlitz gegenwärtig ein Negativ-Beispiel und der Kreistag spielt mit. Die Schwerpunkte unserer heutigen Ausgabe können unsere Leserinnen und Leser den untenstehenden Titelthemen entnehmen.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. Im Blickpunkt:

Die bevorstehende Kampagne der LINKEN zu Gesundheit und Pflege

2. Kritische Wertung:

Die endgültige Schließung des Krankenhauses in Rochlitz

3. Der Menschlichkeit verpflichtet:

Bürger von Wiederau engagieren sich für Flüchtlinge

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & internationaler frauentag im Jahr 2016
4	titelthema 1: kampagne zu gesundheit und pflege
5	kulturraumgesetz auf dem prüfstand
6/7	titelthema 2: sonderkreistag vom 3. februar
8	titelthema 3: flüchtlinge in wiederau
9	aus der arbeit der mittelsächsischen landtagsabgeordneten
10	serie zur politischen bildung: beitrag -7- karl kautsky - in der tradition der linken
11	kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage
12	termine & trauer & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 23. März 2016. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 16. März. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Reik Kneisel, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout, Satz und Fotos: A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ können auch über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort neben der aktuellen Ausgabe der „LinksWorte“ das Archiv aller Hefte seit September 2007.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Titelbild besagt es: *Der Frühling meldet sich bereits jetzt - mitten im Februar - mit zarter Stimme zu Wort. Und der politische Zug nimmt Fahrt auf. Bereits am 13. März gibt es Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, im Herbst dann noch in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. DIE LINKE ist bemüht, die Zeit zu nutzen und ihre politische Botschaft den Bürgern nahe zu bringen. Wir berichten heute über eine weitere Etappe in der Kampagne „Das muss drin sein“, diesmal zum Thema Gesundheit. Für uns nach dem Dilemma um die Krankenhäuser in Frankenberg und Rochlitz deshalb auch ein besonderer Schwerpunkt in diesem Heft. Wir berichten über den Start der Kampagne für mehr Personal in Bildung, Gesundheit und Pflege sowie über die dazu kontraproduktive Entscheidung des mittelsächsischen Kreistages, das Krankenhaus in Rochlitz endgültig zu schließen.*

Zum Thema Asyl bringen wir in unserer heutigen Ausgabe einen Artikel unserer Leserin Helga Steinert aus Königshain-Wiederau und eine Passage im Bericht der Kreistagsfraktion. Volker Holuscha, der Oberbürgermeister von Flöha mit dem Parteibuch der LINKEN hat uns zum Thema „Asyl“ den unten- und nebenstehenden Standpunkt übermittelt. Wir berichten auch über die Sacharbeit, die unsere beiden Landtagsabgeordneten, Falk Neubert und Dr. Jana Pinka im Landtag leisten. Marika Tändler-Walenta setzt sich mit dem kommunalen Finanzpaket „Brücken in die Zukunft“ der Landesregierung auseinander. Unser siebenter Beitrag zur politischen Bildung und Information ist dem Philosophen und sozialdemokratischen Politiker Karl Kautsky gewidmet.

„wir schaffen das“ - ist es wirklich so?

von Volker Holuscha, Oberbürgermeister in Flöha



Diese kurze, aber sehr bestimmte Aussage unserer Bundeskanzlerin sollte Anfang letzten Jahres verdeutlichen, dass die Bundes-

regierung geschlossen für die Bewältigung des Flüchtlingsproblems in unserem Land steht. Das sie ihren politischen Auftrag verstanden hat und sich für schnelle internationale und innenpolitische Lösungen einsetzt.

Ersteres versucht die Regierung, allen voran Angela Merkel, vehement und scheitert an den Nationalinteressen der europäischen Staatengemeinschaft. Wobei hier schon die Frage gestellt werden darf, worin eine „Gemeinschaft“ besteht, die in der Flüchtlingsfrage nur Eigeninteressen ihres Landes gelten lässt.

Innenpolitisch versagt m.E. die Bundesregierung zum einen an einem einheitlichen Kurs der koalierenden Regierungsparteien und zum anderen an schnellen, unbürokratischen und vor allem praktikablen Lösungen in der Flüchtlingsfrage.

Wenn man sich als Oberbürgermeister einer 11.000-Seelen-Gemeinde den Fragen der würdigen und kommunal angemessenen Unterbringung und Integration von Asylbewerber stellt, stößt man zuerst auf Widerstand unter der Bevölkerung. Aber nicht alle „besorgte Bürger“ sind Rassisten oder rechtsnationale Gedankenträger. Danach kommen aber, und das ist für mich das Unerwartete, die unerwarteten Hürden seitens der politischen Verantwortungsträger im Bund und den Ländern.

Stets neue, aufgeweichte oder zurecht gezimmerte Verordnungen und Erlässe. Immer wieder kehrende Bekundungen, dass bald Ordnung in das derzeitige Chaos gebracht werde.

Aber eines der entscheidenden Probleme der Landkreise und Kommunen, die finanziellen Mittel für die Bewältigung der Unterbringung und Integration von Schutzsuchenden, die bleiben aus.

Und in den Fragen der inneren Sicherheit zeigt sich die seit Jahren verfehlte Sparpolitik bei der Polizei. Über Jahre hinweg wurden die Einsatzkapazitäten systematisch heruntergefahren. Jetzt macht man diese Staatsdiener zum Schuldigen für mangelnde Ordnung und Sicherheit.

Mein Fazit nach den Erfahrungen der letzten Monate:

Wenn Europa und die Weltgemeinschaft nicht rasch an der Lösung des Kriegsherdes Syrien und der gesamten arabischen Region sowie an der weiteren Verarmung ganzer afrikanischer Regionen arbeiten und die Flüchtlingsbewältigung gemeinsam schultern, ist künftig nicht die Lösung der Fluchtbewegung unser größtes Problem. Dann steht der Erhalt der Friedensordnung in Europa und auch anderer Gebiete der Welt in Frage.

Innenpolitisch sollte die Bundesregierung sich endlich wieder geschlossen an umsetzbare Lösungen machen. Auch in den Kommunen müssen sich alle Verantwortungsträger bewusste werden, dass die Unterbringungs- und Integrationsfrage von Asylbewerbern nur gemeinsam geschultert werden kann. Ein „Abducken“ ist verantwortungslos gegenüber den Schutzsuchenden und vor allem auch gegenüber den benachbarten Orten. Wenn nicht mal an der örtlichen Basis eine vom humanistischen Grundgedanken beherrschte Gemeinschaft erreicht wird, **dann schaffen wir das nicht!**

auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Um es vor auszuschicken, niemand soll mich bezichtigen, ich würde der Gewaltanwendung das Wort reden. Auch nach diesen Zeilen nicht. Schon deshalb nicht, weil mein Vater in einer brennenden Messerschmidt ins Mittelmeer stürzte und umkam. Nicht einmal ein Grab blieb von ihm.

Und doch leben wir in einer realen Welt. Kriege gibt es nach wie vor. Keine gerechten und keine gerechtfertigten. Selbst sogenannte zivilisierte Nationen führen sie. Manche Nationen haben eine Spur der Verwüstung und des Grauens gezogen. Es blieben Chaos, Leichen und Flüchtlinge. Das war in Somalia so, als man den „Diktator“ Siad Barre entmachtete und vor laufenden Kameras den Landungsbooten entstieg. Man floh, als die entfesselte Meute tote Amis durch den Dreck der Straßen Mogadischus zog. Und so ging es weiter in Afghanistan, im Irak und in Libyen. Nun sollte Syrien drankommen. Und immer das schmutzige Spiel. Diesmal versteckte man sich zwar ein Bisschen hinter den Saudis und deren Gesinnungsgenossen. Assad stand ihnen im Wege. Man mag über die Familie Assad denken, wie man will. Nach formalen Kriterien gibt es in Syrien aber gewählte Machtorgane. Mindestens so legitimiert, wie die im US-Wahlzirkus „gewählten“. Und dieses Land Syrien war stabil.

Nun ist es nicht mehr stabil. Überall dort, wo durch nichts und niemanden legitimierte Gewalttäter die Waffen erhoben, kamen Menschen zu Schaden oder zu Tode. Und ein Regime, das formal dazu legitimiert ist, die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, tötet und verletzt ebenfalls. Diese werden als Mörder und Brandstifter geziehen. Und weil dieses Regime in seiner Existenznot, Russland offiziell zu Hilfe ruft, wird es verteufelt. Wie gesagt, mit Moral und Menschlichkeit hat das alles nichts zu tun. Da nun beide Kräfte, der eine am Boden und die andere aus der Luft, „Erfolge“ verzeichnen und offensichtlich die „gemäßigten“ Rebellen aus Aleppo vertreiben – wieder auf Wegen, gesäumt von menschlichem Leid und materiellem Schaden – wird ein Geschrei angezettelt und auf die Flüchtlinge, die sich nun vor der geschlossenen türkischen Grenze stauen, gezeigt und die Täter Putin und Assad an den Pranger gestellt.

von Ruth Fritzsche

A

uch wenn der erste Internationale Frauentag schon über 100 Jahre zurückliegt, hat sich an seinem Anliegen nichts geändert: Nach wie vor gilt besonders für uns als LINKE, aufmerksam machen auf dauernde weltweite Ungleichbehandlung von Frauen und der weltweite Protest dagegen! So wird es am 06.03.2016, ab 12.00 Uhr auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin eine Frauenkampftagsdemo geben. Denn von wirklicher sozialer Gleichheit zwischen den Geschlechtern kann auch bei uns in Sachsen überhaupt keine Rede sein. Die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen bei uns ist nach wie vor ein großes Thema. Spricht man von prekären Beschäftigungen, so trifft es besonders Frauen in Minijobs und ihre überwiegende Teilzeitbeschäftigung. Die vorhandenen Lohnunterschiede in Höhe von 10 % sind durch nichts zu recht fertigen. Auch in Führungspositionen sind Frauen völlig unterrepräsentiert.

Als LINKE bleiben wir deshalb bei unseren Forderungen nach gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, eine gerechtere Entlohnung für frauenspezifische Berufe, Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit,

der internationale frauentag 2016

365
♀

Jeder Tag
ein Frauentag:
Gleichberechtigung
endlich umsetzen!

DIE LINKE.



Das Bild - es schmückt die Einladungskarte zur diesjährigen Frauentags-Veranstaltung in Clara Zetkins Geburtsort Wiederau - zeigt das Denkmal für Clara Zetkin am alten Standort zwischen dem Geburtshaus und dem ehemaligen Gemeindeamt in Wiederau. Es handelt sich um einen Linolschnitt, gestaltet von Mitgliedern des Mal- und Zeichenzirkels des ehemaligen VEB Hydraulik Rochlitz.

Verpflichtung zur Frauenförderung in allen öffentlichen Unternehmen, die berufliche Bildung und nicht zuletzt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es reicht eben nicht, einmal im Jahr daran zu erinnern, dass Frauen in dieser Gesellschaft mit den Männern gleichgestellt sein sollten.

Deshalb nimmt unsere Partei DIE LINKE diese ersten März tage als „Feministisches Wochenende“ zum Anlass, die Bundesfrauenkonferenz unter dem Motto „Frauen ohne Grenzen für das Recht auf Bewegungsfreiheit für Alle“ durchzuführen. Dabei steht auch die Hilfe für die Geflüchteten im Mittelpunkt. An hervorragende Frauenkollektive wird der Clara-Zetkin-Preis verliehen, und alle Frauen für ihre geleistete Arbeit als Berufstätige, Mütter und Seniorinnen öffentlich gewürdigt und im Rahmen von festlichen Empfängen, Verteilung von Blumen usw. gedankt. Das geschieht bei uns in Mittelsachsen jedes Jahr u.a. am 08. März an der „Clara Zetkin-Gedenkstätte“ in Wiederau, ihrem Geburtshaus, in Freiberg im Regenbogenhaus, in Döbeln durch Verteilung von Blumen in öffentlichen Ein-

richtungen, in Brand-Erbisdorf diesjährig am 12.03. im Landgasthof Langenau. Auch der DGB Mittelsachsen ist auf diesem Gebiet nicht untätig.

neue etappe der kampagne „das muss drin sein“ widmet sich gesundheit und pflege

So etwas tun wir selten. Aber zum Auftakt einer neuen Kampagnen-Etappe von „Das muss drin sein.“ habe ich zum in der Computer-Euphorie entstandenen Verfahren „copy & paste“ oder im schlichten Deutsch „kopieren & einfügen“ gegriffen. Auf diesem Wege lesen wir die im Juli-Heft des vergangenen Jahres enthaltene Zielstellung nebst der inhaltlichen Schwerpunkte der Kampagne „Das muss drin sein.“ der LINKEN noch einmal. Werden die Schwerpunkte der Kampagne doch im Vorfeld der im kommenden Jahr anstehenden Bundestagswahlen die Aktionen der LINKEN wesentlich mitbestimmen. Hinzu kommt - wie bereits erwähnt - dass DIE LINKE im März zum fünften der unten genannten Schwerpunkte (farbig hervorgehoben) eine neue Etappe mit den verschiedensten Aktionen startet. Wir kommen in unserer März-Ausgabe darauf zurück. Heute und hier informiert unser Redaktionsmitglied **Ruth Fritzsche** über das Anliegen der neuen Etappe der Kampagne „Das muss drin sein.“ Außerdem bringen wir eine zum Thema passende **Pressemitteilung**.



Die Kampagne „Das muss drin sein.“ wurde am 1. Mai 2015 gestartet und wird bis zu den Bundestagswahlen 2017 wesentlich die Politik der Linkspartei bestimmen. Ihre Inhalte waren einer der Schwerpunkte des Bielefelder Parteitagess im vergangenen Jahr.

Mit ihrer Kampagne will DIE LINKE vor allem gegen prekäre Beschäftigungs- und Lebensbedingungen mobil machen. „Wir sind dafür, das zu tun, was in einem reichen Land selbstverständlich sein sollte:

- 1. Befristung und Leiharbeit stoppen. Viele, vor allem junge Menschen hangeln sich von einem befristeten Job zum nächsten oder finden nur in Leiharbeit eine Beschäftigung. Wir wollen gute Arbeitsverhältnisse, mit denen alle ihre Zukunft planen können.**
- 2. Existenzsichernde Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV. Es muss Schluss sein damit, dass Erwerbslose durch Sanktionen gegängelt und in schlechte Jobs gedrängt werden. Wir wollen eine soziale Mindestsicherung für Erwerbslose und ihre Familien.**
- 3. Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst. Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit oder Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Wir wollen diese Arbeit umverteilen und mehr Zeit für Familie und Freizeit.**
- 4. Wohnung und Energie bezahlbar machen. Wir wollen die Verdrängung durch steigende Mieten, Sanierungskosten und Energiepreise stoppen. Eine bezahlbare Wohnung muss auch in den Großstädten drin sein.**
- 5. Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit. Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für Kinder, Kranke und Pflegebedürftige hilft nicht nur den Betroffenen und ihren Familien, sondern auch den Beschäftigten im Kampf gegen Arbeitsüberlastung.**

Wir meinen: Das muss drin sein - gerade in einem reichen Land wie unserem, in dem das obere 1 Prozent der Superreichen fast ein Drittel des gesamten Privatvermögens besitzt!“

Kürzen und Einsparen bei Pflege und Gesundheit in Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen - das ist die Devise der Länder und Kommunen. Personal in öffentlichen Einrichtungen wird eingespart auf Kosten derjenigen, die auf gute Gesundheitsvorsorge und Pflege angewiesen sind, aber auch auf Kosten der Beschäftigten, die doppelt und dreifach arbeiten müssen. Auf der einen Seite erhöht sich der Druck auf die Beschäftigten, die in Dauerstress versinken, auf der anderen Seite fehlen die Fachkräfte. Viele gut qualifizierte Menschen finden

keine Arbeit oder werden in unfreiwillige Teilzeit- oder Minijobs gepresst - prekäre Beschäftigung und Geldsorgen führen zu Existenzangst. In Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen wird die Versorgung heikel. Infektionen nehmen zu, weil die Zeit für Reinigung und Händewaschen zu knapp wird. Der Personalmangel ist akut und lebensgefährlich. So veröffentlichte die Freie Presse am

06. Februar einen Beitrag, dass eine Hebamme oft drei Frauen entbinden muss und auch in Sachsen Kreißsäle und Geburtsabteilungen schließen müssen, weil das Personal fehlt. Das hat Folgen für Schwangere. So hat z.B. das Kreiskrankenhaus Stollberg am 1. Januar 2016 seine Geburtshilfe „vorübergehend“ ausgesetzt. In vielen Krankenhäusern in Deutschland ist der Notstand ausgebrochen. So fehlen 100 000 Pflegekräfte. Die Begründung für Personalkürzungen sind „leere“ Kassen. Aber doch nur deshalb, weil die Reichen und die Konzerne systematisch von Steuern entlastet werden. Die selbst verordnete Schuldenbremse, die die Kommunen dazu

verdonnern, selbst keine Schulden zu machen, verschärft die Misere. Gute Gesundheit sind das Rückgrat einer sozialen und demokratischen Gesellschaft. Deshalb wollen wir in unseren Ortsverbänden die Kampagne „Das muss drin sein“ ab März dafür nutzen, mit den Menschen über diese Probleme zu sprechen, um mit ihnen gemeinsam auf eine gute Personalausstattung Einfluss zu nehmen.



Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!

Zum Votum des Kreistages von Mittelsachsen für eine Nachnutzung des nunmehr der Schließung überlassenen Krankenhausstandortes Rochlitz erklären **Rico Gebhardt**, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, und **Susanne Schaper**, gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion:

Wir danken den Kreisräten der LINKEN dafür, dass sie eine Splittung der Abstimmung durchgesetzt und damit auch den Gegnern der Schließung des Krankenhauses Gehör verschafft haben. Das Krankenhaus-Sterben in Sachsen muss gestoppt werden. Nach dem Aus für das Krankenhaus Frankenberg, der drastischen Demontage der Klinik in Sebnitz und dem nunmehrigen Ende des Krankenhaus-Standortes Rochlitz muss von der Landespolitik umgesteuert werden: Die Krankenhausbetten-Bedarfsplanung von 1999 ist überholt. Das Sozialministerium hat die Rahmenbedingungen dafür zu setzen, dass ein wohnortnahes Krankenhaus-Netz auch im ländlichen Raum erhalten bleibt. Gesundheit geht uns

alle an! So heißt das diesjährige Schwerpunkt-Projekt der Landtags-Linksfraktion. Wir begrüßen es, dass die Kreisräte in Mittelsachsen auf eine Nachnutzung in Rochlitz drängen. Dies ist im Sinne der medizinischen Versorgung notwendig. Eine Privatisierung auf Teufel komm raus zwecks Rettung der letzten Krankenhaus-Standorte im ländlichen Raum ist keine Lösung. Wir sind nicht pauschal gegen private Trägerschaften, sie sind aber kein Allheilmittel. Im Sinne einer langfristigen Gewährleistung des Gemeinwohls auch im Bereich des Gesundheitswesens halten wir es für zielführend, Kooperationen von Krankenhäusern unter dem Dach eines kommunalen Trägers anzustreben.

strategie- struktur- und finanz-
debatte in sachsens linker

sächsisches kulturraumgesetz von links auf den prüfstand gestellt

Im vergangenen Jahr hatten wir wiederholt über die **Strategie-debatte** in Sachsens LINKER berichtet. Diese endete auf dem Neukirchzischer Landesparteitag im September neben der Bestätigung des Leitantes „DIE LINKE „Wo wir stehen und worauf wir aufbauen können“ mit der parallelen Annahme von zwei umfassenden Sachanträgen zu strategischen „Eckpunkten“. Hinzu kamen seit den Wahlen 2009 eine Vielzahl von Leitlinien und Eckpunkten, die bis 2014 in ein alternatives Entwicklungskonzept münden sollten.

Stellt sich die Frage: „Wie nun weiter?“ Ganz einfach: „Wenn man nicht richtig weiter weiß, gründet man einen Arbeitskreis“. So wird mit Beschluss des Landesvorstandes vom 6. November 2015 eine Arbeitsgruppe „Strategie“ gebildet, welche die bisherige Grundsatzkommision ersetzt. Diese Arbeitsgruppe soll „die Ergebnis- und Qualitätssicherung des bereits Erarbeiteten und die Weiterführung von inhaltlichen Diskussionen sichern“.

In den folgenden Monaten stehen zwei Arbeitsschwerpunkte im Mittelpunkt: Der **Abschluss der Struktur- und Satzungsdebatte** und die **Finanzen des Landesverbandes**. Dem Landesparteitag lag eine Vielzahl von Anträgen zur Änderung der Landessatzung vor, deren Diskussion jetzt erfolgt und einem folgenden Parteitag zur Beschlussfassung vorliegen soll. Im Dezember hat ein Treffen einer vom Landesvorstand benannten vierköpfigen Arbeitsgruppe mit den SatzungsänderungsantragstellerInnen stattgefunden. Zu dem entstandenen Fragenkatalog finden gegenwärtig Diskussionsrunden statt, u.a. auch im mittelsächsischen Kreisvorstand. So sind Fragen zur Quotierung, zum Landesrat, zum „Kleinen Parteitag“, zu den landesweiten Zusammenschlüssen und zu einer landesweiten Kontrollinstanz zu beantworten.

Seit 2014 befindet sich der Landesverband in einer angespannten Finanzlage. Das betrifft auch die Finanzplanung für dieses Jahr. Es gibt deshalb viel Beratungs- und Entscheidungsbedarf, wie die Finanzierung des Landesverbandes und der Kreisverbände künftig erfolgen soll. In den gegenwärtig stattfindenden Diskussionsrunden mit der Basis, im Finanzbeirat und mit den Schatzmeistern sollen Lösungen für die künftigen Finanzierungsregelungen gefunden werden.(hw)

von Hans Weiske

Wir hatten die Veranstaltung im Januar angekündigt: Der **Fachmann** für Kultur in der Landtagsfraktion der LINKEN, **Peter Sodann**, hatte gemeinsam mit unserer Freiburger Landtagsabgeordneten **Dr. Jana Pinka** zur öffentlichen Podiumsdiskussion im Rahmen seiner „Kultur-Tour“ durch die Landschaft der sächsischen Kulturräume eingeladen. Es war gelungen, auch bei einer von der LINKEN organisierten Veranstaltung

Den Auftakt zu Arbeit am Sächsischen Kulturraumgesetz gab übrigens eine Beratung am 10. September 1992 im Stadttheater Freiberg.

Anlass für die „Kultur-Tour“ von Peter Sodann ist die Ende des vergangenen Jahres vorgenommene dritte Evaluation („sach- und fachgerechte Untersuchung und Bewertung“) des Sächsischen Kulturraumgesetzes. Die nächste steht erst im Jahr 2022 an. Zu den Ergebnissen der Evaluation hatte es wenige Tage zuvor im Landtagsgebäude einen Bericht gegeben, der nach Auffassung vor allem von Voigt leider keine wirkliche Evaluation widerspiegelte und an vielen Problemen vorbeiging.

Den sächsischen Kulturlastenausgleich zwischen Städten und Gemeinden, dem Kulturraum und dem Freistaat festgelegt. Zu erheblichen Diskussionen führte 2011, dass die Finanzierung der Landesbühnen Sachsen (bis dahin Aufgabe des Freistaates) in das Kulturraumgesetz integriert wurden.

Wie nicht anders zu erwarten, drehte sich in der Diskussion zur Kulturraum-Förderung vieles um das „liebe Geld“. So monierte man, dass die drei urbanen Kulturräume 51 Prozent der Förderung abschöpfen (ganz abgesehen von der Konzentration staatlicher Kultureinrichtungen in der Landeshauptstadt). In den



Blick über das hochgradig besetzte und männer-dominierte Podium der Veranstaltung „Sachsens Kultur: Räume, Möglichkeiten, Perspektiven“ in den ordentlich besetzten und theatralisch beleuchteten Besucherraum. Im Theater Freiberg der Mittelsächsischen Theater und Philharmonie gGmbH wurde am 21. Januar diskutiert, agitiert und polemisiert, wie es mit der Kulturraumförderung in Sachsen weitergehen soll.

ein hochkompetentes Podium zusammen zu bekommen. So diskutierten neben Peter Sodann, Jana Pinka und Kulturprominenz aus dem Erzgebirge (**Ingolf Huhn**, der Intendant des Eduard-von-Winterstein-Theaters Anaberg-Buchholz und Steffen **Kindt**, Leiter des Erzgebirgsensembles Aue waren da!) der „Vater“ des UNESCO-Kulturerbe-Antrags „Montanregion Erzgebirge“, **Helmuth Albrecht**, Professor für Technikgeschichte an der Bergakademie Freiberg und Mitglied des Sächsischen Kultursenats. Und nicht zuletzt einer der maßgebenden Autoren des Sächsischen Kulturraumgesetzes von 1994, der Kulturhistoriker **Matthias Theodor Voigt**.

Das Sächsische Kulturraumgesetz regelt die Finanzierung der nicht-staatlichen Kultureinrichtungen in Sachsen. Etwas vergleichbares gibt es in anderen Bundesländern nicht. Es hat auch dazu beigetragen, dass in Sachsen die größte Kulturdichte weltweit erhalten werden konnte. Mit dem Kulturraumgesetz wurde eine Aufteilung Sachsens in fünf ländliche (darunter Erzgebirge-Mittelsachsen) und drei urbane Kulturräume vorgenommen und die Kulturpflege erstmals als kommunale Pflichtaufgabe mit Gesetzesrang verankert. Zur gemeinsamen Förderung regional bedeutsamer Einrichtungen und Maßnahmen (z.B. des Mittelsäch-

Kulturräumen selbst wurde u.a. das Problem der Haustarifverträge in den Theatern und die zusätzliche Eingliederung der Musikschulen kritisiert.

In seinen abschließenden Bemerkungen machte Peter Sodann die Auffassung der LINKEN deutlich: Wollte man die beachtliche Bedeutung von Kunst und Kultur im Freistaat Sachsen wenigstens beibehalten, seien jährlich mindestens 20 Millionen Euro zusätzlicher Mittel im System der Kulturraum-Förderung nötig (Zum Vergleich: der Freistaat förderte die Kulturräume über die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs hinaus jährlich mit rund 87 Millionen Euro).

wir berichten vom sonderkreistag am 3. februar mit dem schwerpunkt „endgültige

von unserem Redaktionsmitglied
Kreisrätin Sabine Lauterbach

Aufgrund der Dringlichkeit fand am 03. Februar 2016 ein **Sonderkreistag** statt. Dieser hatte nur zwei Vorlagen. Es gab jedoch Informationen des Landrates zum Thema Asyl und zum geplanten Konjunkturpaket „Brücken in die Zukunft“.

Endgültige Schließung Krankenhaus Rochlitz

Zur Schiefelage der Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH wurde von uns bereits ausführlich berichtet. Im Dezember mussten wir zusehen, wie die gewählten Kreisräte mehrheitlich der vorläufigen Schließung zustimmten. Unsere Fraktion stimmte komplett dagegen und steht damit leider allein. Auf dem Sonderkreistag stand die endgültige Schließung des Klinikstandortes in Rochlitz auf der Tagesordnung. Dieser Beschluss konnte erst jetzt gefasst werden, da der Freistaat eine Förderrichtlinie beschlossen hat, um das anvisierte Ziel, die Schließung von 10 bis 20 Krankenhausstandorte in Sachsen durchzusetzen, die erst im Januar in Kraft getreten ist.

Dieses Ansinnen unserer sächsischen Staatsregierung muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Seiner Pflicht zur Daseinsvorsorge kommt das Land so nach. An Stelle nötige Investitionen für Krankenhäuser zu fördern, gibt man Fördermittel aus, damit Krankenhäuser geschlossen werden. Danke der großen Koalition von SPD und CDU. Gegenwärtig fährt die LMK gGmbH (Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH) ein monatliches Minus von ca. 220 TEUR ein. Die Schulden betragen derzeit ca. elf Mio. EUR, sind jedoch seit Herr Irmer Geschäftsführer ist, nicht gestiegen. Hauptgrund: Durch den Vertrag/Beschluss „Schließung Krankenhaus Frankenberg“ wurde den Mitarbeitern ein Kündigungsausschluss versprochen bzw. vertraglich geregelt. Vertraglich war ein Kündigungsschutz bis zum 31.12.2016 vereinbart bei gleichzeitigem Arbeitszeit/Lohnverzicht auf 38,2 Stunden pro Woche. Dadurch hat die LMK einen Überschuss von 100 Mitarbeitern, welcher sehr be-

lastet. Befristete Arbeitsverträge sind ausgelaufen. Das Personal wird derzeit stark umworben. Es gab bereits 20 Kündigungen durch die Mitarbeiter bzw. Stellenvermittlungen. Weiter 50 Stellen müssen abgebaut und somit Mitarbeitern gekündigt werden.

Zum Kreistag stellte unsere Fraktion den Antrag, dass der Bürgermeister der Stadt Rochlitz Rederecht erhält. Er forderte unter anderem den Rücktritt vom Geschäftsführer, Herrn Irmer. Auch unsere Fraktion sieht die-



Das moderne Krankenhaus in Mittweida. Bis vor wenigen Jahren bildete es gemeinsam mit den Klinik-Standorten Frankenberg und Rochlitz eine gemeinnützige Krankenhaus-Gesellschaft auf dem Territorium des ehemaligen Landkreises Mittweida. Inzwischen sind die Standorte Frankenberg und Rochlitz von der Bildfläche verschwunden.

se Geschäftsführung kritisch. Jedoch nicht ausschließlich aus den gleichen Gründen wie die Rochlitzer Bürger. Grund ist hier unter anderem, dass Herr Irmer nicht akzeptiert wird und sich das wohl auch in nächster Zukunft nicht ändern wird. Jedoch ist es aus betriebswirtschaftlicher Sicht sehr unklug, wenn man in der derzeitigen Situation die Geschäftsführung wechseln würde. Zudem zuerst einmal eine geeignete Person gefunden werden müsste. Herr Irmer selbst räumte auch Fehlentscheidungen ein. Aber eines ist klar, jetzt darauf herum zu hacken ist falsch. Man muss aus Fehlern der Vergangenheit lernen, aber ein „hätte, wenn und aber“ nützt niemandem.

Die Diskussion zum Kreistag war sehr unterschiedlich. Die FDP fordert eine Privatisierung. Dazu ist zu sagen, dass es wohl drei Interessenten gibt. Mit HELIOS Kliniken und Sana Kliniken AG sind dies zwei private Betreiber. Das Klinikum Chemnitz ist zu 100% in kommunaler Träger-

schaft. Zudem gibt es mit diesem bereits mehrjährige Kooperationen. Sana hat bereits signalisiert, dass nur eine mehrheitliche Übernahme in Frage käme.

Die CDU (OB von Mittweida, Ralf Schreiber) bemerkte, dass die LMK schlechter dasteht als noch vor zwei Jahren. Bei einer Privatisierung droht, dass künftig unrentable Bereiche abgestoßen werden und somit keine Vollversorgung für die Bürger mehr gegeben ist.

Die SPD warf der CDU vor, dass mit

Konzept für beide Standorte vorzulegen.

Das Abstimmungsergebnis:

Die Punkte 1 und 2 bekamen 62 Stimmen bei 23 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen. Die Punkte 3 und 4 wurde einstimmig beschlossen.

Informationen des Landrates

Thema Asyl

Hier wurden die aktuellen Zuweisungszahlen vorgestellt. Derzeit kommen in zwei von drei Wochen 49 Personen..Die Schule in Choren wird vorläufig nicht benötigt.

Die zentrale Aufnahmeeinrichtung in Rossau soll am dem 08.Februar voll bezugsfertig sein.

Es wurde eine Arbeitsgruppe Asyl gegründet, der aus jeder Fraktion ein Mitglied angehört. Diese Arbeitsgruppe soll sich fast wöchentlich treffen.

Die Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge soll ab Mitte Februar im Wohnheim in Freiberg-Zug erfolgen.

Mit Stand 03.02.2016 sind 88 Mietverträge für Wohnungen mit der GSQ unterschrieben, weitere 43 seien kurz vor der Unterzeichnung sowie weitere 33 in Vorbereitung. Diese sind vornehmlich in Städten und Gemeinden in denen noch keine Flüchtlinge untergebracht sind.

Konjunkturpaket „Brücken in die Zukunft“

Der Landkreis Mittelsachsen erhält im gesamten Förderzeitraum bis 2020 insgesamt 45,6 Mio. EUR. Davon entfallen auf den Landkreis selbst 15,5 Mio. EUR. Die anderen 30,1 Mio. EUR bekommen die Städte und Gemeinden. Es gibt drei unterschiedliche Budgets mit verschiedenen Aufgabenbereichen. (Zur Gesamtübersicht der bereitstehenden Geldmittel siehe die nachfolgende Tabelle).

Budget Bund

Förderbereiche (lt. Buchst. B Ziff. I der Verwaltungsvorschrift zum sächsischen Investitionskraftstärkungsgesetzes, kurz VwV Investkraft): Investitions- und Erhaltungsmaßnah-

schließung des krankenhauses in rochlitz“

	Budget Bund	Budget Sachsen	Investitions-pauschalen
Städte und Gemeinden	6.003.991 Euro	19.097.125 Euro	4.969.100 Euro
Landkreis	3.232.918 Euro	10.283.068 Euro	2.006.900 Euro
gesamt	9.236.909 Euro	29.380.193 Euro	6.976.000 Euro

men kommunaler Infrastruktur: Krankenhäuser; Lärmbekämpfung insbesondere bei Straßen; Städtebau (ohne Abwasser) einschl. altersgerechter Umbau, Barriereabbau (auch im ÖPNV); Brachflächenrevitalisierung; Sportstätten; Verwaltungsgebäude und Sonderbauten für soziale Zwecke.

Der Fördersatz beträgt 75%.

Investitionspauschalen

Förderbereiche (§ 5 Abs. 5 des sächsischen Investitionskraftstärkungsgesetzes): Deckung des Investitionsbedarfs für die Instandsetzung, Erneuerung und Erstellung von Ein-

Schulhausbau; Bau- und Ausbau von Kindertagesstätten; Straßenbau; Öffentlicher Personennahverkehr; Wasser- und Abwasserentsorgung; Gewässerschutz; Brachflächenrevitalisierung; Sportstätten; Verwaltungsgebäude und Sonderbauten für soziale Zwecke.

Der Fördersatz beträgt 75%.

Investitionspauschalen

Förderbereiche (§ 5 Abs. 5 des sächsischen Investitionskraftstärkungsgesetzes): Deckung des Investitionsbedarfs für die Instandsetzung, Erneuerung und Erstellung von Ein-

richtungen und Anlagen der infrastrukturellen Grundversorgung sowie der Förderbereiche „Budget Bund“ und „Budget Sachsen“.

Die Meldungen der Kommunen an den Landkreis müssen bis zum 13. Mai 2016 erfolgen.

Am 15. Juni 2016 ist die Beschlussfassung im Kreistag Mittelsachsen geplant.



Unser Blick fällt auf moderne Windräder auf Colditzer Flur unmittelbar an der Kreisgrenze zum Landkreis Mittelsachsen. **Zum neuen Windkraftplan für Sachsen führte die LINKS-Fraktion im Kreistag am 17.02. (nach Redaktionsschluss) eine öffentliche Sitzung durch. Wir werden in der nächsten Ausgabe der LinksWorte ausführlich darüber berichten.**

Der Fördersatz beträgt 75%. Die beiden obudante („reichen“) Kommunen Hartmannsdorf und Weißenborn sind ausgeschlossen.

Budget Sachsen

Förderbereiche (lt. Buchst. C Ziff. I des VwV Investkraft): Investitions- und Erhaltungsmaßnahmen kommunaler Infrastruktur:

„brücken in die zukunft“ - eine kritische wertung

von unserem Redaktionsmitglied
Marika Tändler-Walenta

Das **Gesetz zur Stärkung der kommunalen Investitions- und Finanzkraft in Sachsen** mit dem Arbeitstitel „Brücken in die Zukunft“ wurde von der Regierungskoalition von CDU und SPD vorgelegt. Es umfasst ein Gesamtvolumen von ca. 800 Mio. Euro. Dieses Gesamtvolumen setzt sich aus folgenden Mitteln zusammen:

- (a) Bund: 156 Mio. Euro
- (b) Freistaat: 342 Mio. Euro
- (c) Kommunen: 322 Mio. Euro

Das Paket besteht aus drei Fördermöglichkeiten:

1. Budget „Bund“ = 156 Mio. Euro zzgl. 15,6 Mio. Euro Überbewilligungskontingent im Förderzeitraum 2015-2018 für Investitionen finanzschwacher Kommunen (Investition mit Schwerpunkten Infrastruktur und Bildungsinfrastruktur).

2. Budget „Sachsen“ = 512,4 Mio. Euro im Förderzeitraum 2017-2020 Förderbereiche: Schulhausbau, Bau und Ausbau von Kindertagesstätten, Straßenbau, ÖPNV, Wasser- und Abwasserversorgung, Gewässerschutz, Brachflächenrevitalisierung, Sportstätten, Verwaltungsgebäude und Sonderbauten für soziale Zwecke.

3. Investitionspauschale = 116 Mio. Euro

Teil I: Insgesamt 16 Mio. Euro; In den Jahren 2016-2019 je 4 Mio. Euro an kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte. Die Verteilung erfolgt anhand der Kapazität für Erstaufnah-

meinrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber (EAE-Kapazität).

Teil II: Insgesamt 100 Mio. Euro in den Jahren 2017-2020. Es werden dabei unter Zweckbindung je 25 Mio. Euro an die Landkreise und kreisfreien Städte ausgezahlt. Unter Zweckbindung werden dabei Maßnahmen zur infrastrukturellen Grundversorgung betrachtet, sie dienen allerdings auch als Finanzierungsmöglichkeit staatlicher Förderungen.

Was ist vom Programm zu halten?

Grundsätzlich hat das Programm die richtige Intention, jedoch fällt zunächst auf, dass das Paket künstlich groß gerechnet wird. So wurde die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes des Bundes seit 2015 verschleppt. Die 156 Mio. Euro fließen jetzt in das Paket.

322 Mio. Euro stammen aus kommunalen Mitteln. Den Gemeinden und Landkreisen werden diese Gelder quasi nochmals „ausgereicht“, nachdem sie ihnen zuvor entzogen wurden. Darüber hinaus wird keine Lösung für das Stadt-Umland-Problem geschaffen.

Eine weitere wesentliche Kritik bezieht sich auf das intransparente Verfahren sowie den mangelnden demokratischen Prozess. Das Gesetz wurde im Schnellverfahren durchgepeitscht. Ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren wurde nicht durchgeführt. Angemessen wäre ein Nachtragshaushaltsplanverfahren gewesen.

Für DIE LINKE im Sächsischen Landtag ist klar, dass die kommunale Investitionsschwäche nur durch stärkere Beteiligung an staatlichen Einnahmen überwindbar ist. Daher fordern wir auch zusätzliche pauschale Zuweisungen durch das Land. Und wie immer stellt sich die Frage, ob das Geld dort ankommt, wo es ankommen soll?



Am 16. Februar nahm Marika Tändler-Walenta (ganz rechts) an der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Frankenberg teil. Sie sprach vor den teilnehmern zum Thema „Kreisverband Mittelsachsen - wo stehen wir?“

das thema asyl - wir berichten vom engagement wiederauer bürger für „ihre“ flüchtlinge

Das Thema „Asyl- und Flüchtlingspolitik“ bestimmt weiter die aktuelle Lage in unserem Land und auch im Landkreis Mittelsachsen. Im Bericht vom Sonderkreistag am 3. Februar (auf den Seiten -6- und -7- dieser Ausgabe) haben wir einige Zahlen und Fakten aus der Information des Landrates zusammengefasst. Die entsprechende Arbeitsgruppe Asyl des Kreistages hat sich am 21. Januar konstituiert. In ihr sind alle Fraktionen mit je einem Mitglied vertreten. Sie hat ihren Arbeitsplan erstellt und kommt künftig regelmäßig zu Beratungen zusammen.

Heute berichtet Genossin Helga Steinert aus dem Ortsteil Stein der Gemeinde Königshain-Wiederau über ihre Erfahrungen mit den Asylbewerbern und Flüchtlingen in der „aus dem Boden gestampften“ Gemeinschaftsunterkunft in Wiederau, bekannt als Geburtsort von Clara Zetkin. Die Redaktion der LinksWorte war am 1. Februar gemeinsam mit Helga Steinert, Bürgermeister Johannes Voigt (CDU) und Peter Krause, stellvertretender Fraktionschef der LINKEN im Kreistag, vor Ort. Auslöser dieses „Lokaltermins“ war eine kurze Meldung in unserer Januar-Ausgabe. Helga Steinert hatte uns per eMail informiert und angefragt, ob wir nicht darüber berichten könnten und sie sich über den Besuch eines Politikers der LINKEN sehr freuen würde. Kurz nach Erscheinen unserer Januar-Ausgabe meldete sich Peter Krause bei mir und bat um die „Koordinaten“ von Helga Steinert. Und dann stand der Lokaltermin.

Vom Engagement eines Teils der Wiederauer Bürger, an der Spitze ihr Bürgermeister mit dem Parteibuch der CDU, waren Peter Krause und ich sehr beeindruckt. Immerhin handelt es sich durchweg um junge Männer, die nach Wiederau kamen. Und schnell bildete sich auch hier eine „Gemeinschaft“ mit der Losung „Königshain-Wiederau sagt Nein zum Flüchtlingslager“. Ich möchte mich an dieser Stelle nicht in Details unseres Ortstermins verlieren und viel lieber Helga Steinert zu Wort kommen lassen (sie wurde übrigens nach einem Leserbrief im „neuen deutschland“ von Vertretern der genannten „Gemeinschaft“ als „rote Helga“ tituliert, was sie gern in Kauf nahm). Sehr nützlich war der Lokaltermin auch für Peter Krause, der wertvolle Anregungen für seine Arbeit in der Arbeitsgruppe „Asyl“ des Kreistages mitnahm. Vor allem auch die Bewertung negativer Sachverhalte, die auch durch großes Engagement vor Ort nicht kompensiert werden. (hw)

von Helga Steinert,
Königshain-Wiederau

Schon seit Beginn der Flüchtlingsbewegung war mir klar, dass diesen Menschen geholfen werden muss. Wie die Hilfe aber in unserem Ort gelingen sollte, bereitete mir Sorgen. Als die Gemeinde im Herbst vorigen Jahres erfuhr, dass sie an drei Terminen je 16 Flüchtlinge aufnehmen soll, bat der Bürgermeister in der Gemeindezeitung um Unterstützung. Darauf meldete sich im Rathaus eine junge Frau aus Stein. Mit ihr und ihrer Familie nahm ich sofort Kontakt auf. Und so konnte ich meine Idee, eine Helferguppe zu bilden, in die Tat umsetzen. Wir sprachen Personen an, von denen wir vermuteten, dass sie für unser Anliegen aufgeschlossen sind. Bei unserer ersten Zusammenkunft waren wir 15 Leute. Der Bürgermeister und ein Sozialarbeiter, der schon in vielen Flüchtlingslagern gearbeitet hat, waren eingeladen und auch anwesend.

Als der Bürgermeister am 03. Dezember erfuhr, dass noch vor Weihnachten 100 Asylsuchende in Zelten im Gewerbegebiet untergebracht

werden sollten, trafen wir uns wieder. Jetzt waren wir schon ca. 25 Personen. Unsere erste Handlung bestand darin, am 22.12. im Lager anwesend zu sein und den Flüchtlingen Willkommen zu sagen. Ungefähr 50 Einwohner harrten aus, bis am Abend 60 junge Männer in der Unterkunft ankamen. Wir begrüßten sie herzlich, gaben Handzettel in mehreren Sprachen aus und knüpften erste Kontakte. Seit diesem Tag kümmern wir uns gemeinsam mit einem Sozialarbeiter und einigen DRK-Mitarbeitern um all ihre Belange.

Ich hätte mir nie vorstellen können, welche überwältigende Hilfsbereitschaft in unseren Orten vorhanden ist. Wir fahren mit den Jungs in die Nachbarstädte zum Einkaufen und ins Hallenbad, zeigten ihnen die notwendigen Buslinien, feierten mit ihnen Weihnachten und Sylvester, bringen sie zu Arztterminen, kauften notwendige Brillen, sammeln und kaufen Kleidung, erteilen zweimal je vier Stunden in der Woche Deutschunterricht, tischlern mit ihnen, treiben Sport, besuchen mit ihnen Firmen und Betriebe und vieles mehr. Wir richteten eine bequeme Sitzecke ein. Sie können Videos und auch schon mal einen richtigen Film schauen. Wir installierten Computer zum Deutschlernen. Ganz oft bereichern wir ihre angelieferte Verpflegung mit Obst, Kuchen, Nüssen uvm. Zweimal fand ein gemeinsames Essen statt, das auch gemeinsam zubereitet wurde. Beim letzten Termin ließen es sich rund 120 Einwohner und 40 Flüchtlinge schmecken. Dazu hatte

der Bürgermeister eingeladen. Um alles auch finanziell stemmen zu können, richteten wir ein Spendenkonto ein. Unser jetziges ehrgeiziges Ziel ist, allen Jungs einen Paten zur Seite zu stellen, an den sie sich zuerst wenden können, wenn sie ein Problem haben. Diese Partnerschaften sind zum Teil schon so weit gediehen, dass gemeinsam etwas unternommen wird. Unser CDU-Bürgermeister Johannes Voigt gibt uns Unterstützung, wo immer es geht. Er und seine Frau sind oft im Camp und haben sogar schon selbst ein „Patenkind“. Ohne seine umfangreiche Hilfe wäre Vieles nicht machbar. Meinen langen Bericht könnte ich mit weiteren positiven Tatsachen ergänzen, z.B. dass sich „unsere Jungs“ bis jetzt jederzeit angemessen verhalten haben. Aber ich muss noch ein Wort zu negativen Vorkommnissen sagen. Die Asylsuchenden sind in nicht winterfesten Zelten untergebracht. Als die Heizung mehrmals ausfiel, war es darin bitterkalt. Die Mahlzeiten sind nicht üppig und auch wenig abwechslungsreich. Seit die Flüchtlinge bei uns sind, hat sich in ihren Asylverfahren so gut wie nichts getan. Und dazu kommt, dass etliche Leute in unseren Ortsteilen böse hetzen, Unwahrheiten berichten, Ängste schüren und Drohungen aussprechen; in der Öffentlichkeit, aber vor allem im Netz.

Am 27.02., 15 Uhr, soll in Wiederau eine Demo der Flüchtlingsgegner stattfinden. Wir werden zu diesem Zeitpunkt natürlich im Camp sein.



In angeregtem Gespräch vor der Wiederauer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge: Unsere Autorin Helga Steinert, Peter Krause, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Kreistag und Bürgermeister Johannes Voigt (v. re.)

unsere beiden landtagsabgeordneten - mit sachthemen aus ihrem arbeitsbereich präsent



Startseite der Internetpräsenz von MdL Dr. Jana Pinka. Man findet sie unter www.jana-pinka.de. Jana Pinka ist stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der LINKEN im sächsischen Landtag und Sprecherin für Umweltpolitik und Ressourcenwirtschaft. Untenstehend Auszüge aus einem ihrer Stellungnahmen.



Startseite der Internetpräsenz von MdL Falk Neubert. Man findet sie unter www.falk-neubert.de. Falk Neubert ist medienpolitischer Sprecher der Fraktion der LINKEN im sächsischen Landtag. Untenstehend Auszüge aus einer seiner zahlreichen Stellungnahmen zur sächsischen Medienpolitik.

„wer ist die retterin der wasserkraftbetreiber? die cdu?“

Eigentlich müsste man sich riesig freuen, dass ein langer Kampf nun zu Gunsten der Benachteiligten ein positives Ende gefunden hat. Es geht um die Wassernahmeabgabe für Wasserkraftbetreiber, die nun endlich aus dem Sächsischen Wassergesetz gestrichen wird. Dazu erklärt Dr. Jana Pinka: „Es ist zum Lachen, wie die CDU-Fraktion sich als Retterin und Versteherin der Probleme der Wasserkraftbetreiber aufspielt. Sie selbst hatte ohne jeglichen Sinn und Verstand die Wassernahmeabgabe im Haushaltsaufstellungsverfahren für 2013/2014 im Wassergesetz ohne jegliche Datengrundlage verankert. Unsere Fraktion stand und steht seit dieser Zeit an der Seite der Betroffenen mit einer Unzahl an parlamentarischen Initiativen, denn Klein-

und Mittelständische Unternehmen im Bereich der Erneuerbaren Energien hatten auf sichere Investitionen im Freistaat Sachsen vertraut. Auch Ende 2012 stellten sich bereits die Fragen, ob die CDU die Wasserkraftnutzung zur Stromgewinnung in Sachsen kaputt machen, ob sie Investitionen in diese Erneuerbare Energie verhindern, ob sie die Netzstabilität im Mittelspannungsbereich zurückfahren oder Arbeitsplätze vernichten will? Die CDU hat die Wasserkraftbetreiber in unsicheres Fahrwasser bugsiert und sie nahe des Ruins getrieben, allen voran der Ministerpräsident Tillich und der Ex-Umweltminister und jetzige Fraktionsvorsitzende Kupfer. Übrigens: die von dieser Abgabe befreiten Braunkohlen-Abwässer schädigen die Umwelt um ein Vielfaches mehr, als das eine einzige Wasserkraftanlage je getan hat.“

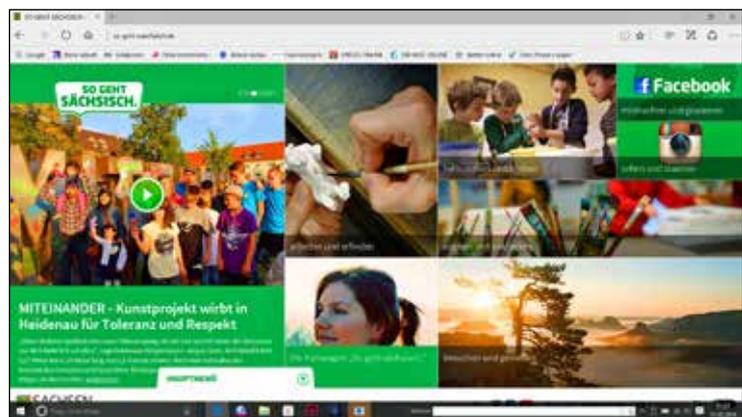


MdL Dr. Jana Pinka engagiert sich im Landtag auch für die mittelsächsischen Milchviehbetriebe, welche im Anbetracht der sich vertiefenden Milch(preis)krise in immer schärfere Existenznot geraten.

„CDU Sachsen setzt sich wieder mal über die Gerichte hinweg“

Mit der Wahl von Steffen Flath (ehemaliger Sächsischer Staatsminister und Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion) zum Vorsitzenden des MDR-Rundfunkrates beweist die sächsische CDU einmal wieder, dass sie Gesetze und Gerichtsurteile nur als bedingt beachtenswert ansieht. Nämlich nur, wenn es ihnen nützt. Bereits im März 2014 hatte das Bundesverfassungsgericht ein Urteil über den ZDF-Staatsvertrag gefällt und dort hineingeschrieben, dass dieses Gremium staatsfern besetzt werden soll. Scheinbar gilt dieses Urteil weder für den MDR noch die sächsische CDU. Hat sie sich doch über alle Stimmen der Vernunft und alle Mahnungen zur Zurückhaltung hinweggesetzt und die Wahl von Steffen Flath zum Vorsitzenden des MDR-Rundfunkrates durchgedrückt. Damit sind beide herausgehobenen

Ämter in der Landesgruppe Sachsen mit CDU- bzw. Regierungsvertretern besetzt. Erhard Weimann wird als Vertreter der Staatsregierung weiterhin Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen sein. Damit ist der MDR die einzige öffentliche-rechtliche Rundfunkanstalt in Deutschland, in dem der Vorsitz des Rundfunkrates stramm regierungsnah besetzt wird. Das Ganze ist umso peinlicher, da in den nächsten zwei Jahren der MDR den Vorsitz in der ARD ausübt. Somit sitzt auch Steffen Flath der ARD-Gremienkonferenz vor. Ein Mann, der erst vor einem Jahr Mitglied des Rundfunkrates geworden ist und sich bisher noch nie zu medienpolitischen Themen öffentlich geäußert hat. Das alles verdeutlicht die Abgehobenheit der sächsischen CDU. Den Schaden haben der MDR und seine Zuschauer*innen. Denn damit ist eine Modernisierung des MDR und seines Programms leider in weite Ferne gerückt.



Screenshot der Startseite „SO GEHT SÄCHSISCH“, der offiziellen Image-Kampagne des Freistaates Sachsen. Für MdL Falk Neubert ist diese Kampagne kläglich gescheitert. Ein Dorn im Auge sind ihm auch die Werbe-Partnerschaften.

in der tradition der linken: karl kautsky (1854-1938)

Von Achim Grunke, Freiberg

Karl Kautsky gehörte über ein Vierteljahrhundert zu den prägenden Gestalten der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung. Nach dem Tode von Friedrich Engels (1895) galt er unumstritten als Autorität in Fragen des Marxismus, nachdem er sich bereits durch sein publizistisches Wirken seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts eine anerkannte Position als Theoretiker des Marxismus erworben hatte. Wie Friedrich Engels gebührt auch ihm das Verdienst, den Marxismus gebrauchsfähig und massentauglich gemacht zu haben und zu dessen populärer Verbreitung in der Arbeiterbewegung beigetragen zu haben.

Doch in der offiziellen Geschichtsdarstellung in der DDR lastete auf Kautsky der Leninsche Bannfluch des „Renegaten“ (=Abtrünnigen). In seiner Abschlussrede auf dem Bielefelder Parteitag der LINKEN im Juli vorigen Jahr hatte Gregor Gysi nun für Entlastung gesorgt, indem er Kautsky neben Eduard Bernstein (siehe hierzu LinksWorte Nr. 96) zu den herausragenden linken Persönlichkeiten der deutschen Geschichte zählte, denen sich DIE LINKE verpflichtet fühlt.

Biographisches

Karl Kautsky wurde 1854 in Prag als Sohn einer Deutschen und eines Tschechen geboren. 1863 zog die Familie nach Wien, wo Kautsky das Gymnasium besuchte. Danach studierte er von 1874 bis 1879 Philosophie, Geschichte, Jura und Nationalökonomie an der Universität Wien. Sein Vater hatte eine Anstellung als Hoftheatermaler in Wien. Die Mutter Minna Kautsky sollte später als eine der ersten sozialistischen Schriftstellerinnen bekannt werden, nachdem sie zunächst als Schauspielerin in Olmütz, Sondershausen, Güstrow und an der tschechischen Nationalbühne in Prag engagiert war, aber aus gesundheitlichen Gründen ab 1861 diesen Beruf aufgeben musste. Kautsky wollte die akademische Laufbahn nicht mehr einschlagen, nachdem er bei dem finanziellen Förderer der Sozialdemokratie Karl Höchberg in Zürich als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Herausgabe der Zeitschrift „Sozialdemokrat“ und des „Jahrbuchs der Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ angestellt wurde. 1881 lernte Kautsky bei einer Reise nach London Karl Marx und Friedrich Engels kennen. Von 1885 bis 1890 lebte er in London und war eng mit Friedrich Engels befreundet. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 kehrte er

nach Deutschland zurück und lebte bis 1897 in Stuttgart und danach in Berlin. Verheiratet war Kautsky zweimal: von 1883 bis 1888 mit Louise (geb. Strasser, 1860-1950), die nach der Scheidung in London als Privatsekretärin bei Friedrich Engels tätig war; und mit Luise (geb. Ronsperger, 1864-1944), die ihm von 1890 bis zu seinem Tod im Jahr 1938 verbunden blieb. Als Gefährtin an der Seite ihres Mannes war sie Diskussionspartnerin und Mittelpunkt des intellektuellen Lebens im Hause Kautsky. Außerdem war sie Organisatorin seiner und ihrer umfangreichen eigenen Korrespondenz und betätigte sich als Übersetzerin sozialistischer Schriften.

Zunehmend kränkelnd zogen sich die Kautskys 1924 nach Wien zurück, wo schon deren drei Söhne lebten. Der Anschluss Österreichs 1938 an das faschistische Deutschland vertrieb sie im hohen Alter ins Exil. Über Prag konnten Freunde das Ehepaar nach Holland bringen, wo Kautsky kurz nach der Ankunft im Herbst 1938 verstarb. Luise blieb in Holland, um ihrem seit 1937 in Konzentrationslagern inhaftierten Sohn Benedikt nahe zu bleiben. 1944 wurde sie selbst verhaftet und nach Auschwitz deportiert, wo sie kurz darauf starb. Benedikt erlebte 1945 die Befreiung aus dem KZ Buchenwald und sollte später in der Sozialistischen Partei Österreichs einige Bedeutung erlangen; 1960 starb er 65-jährig in Wien.

Wirken in der Sozialdemokratie

Obwohl Kautsky nie einem Vorstand oder einer Parlamentsfraktion der Partei angehört hatte, hatte er als sozialistischer Intellektueller doch einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die Partei. Noch in seiner Zeit als Student an der Wiener Universität war er 1875 der Sozialdemokratischen Partei Österreichs beigetreten.

In der von ihm 1883 mitbegründeten Zeitschrift „Die Neue Zeit“ war er bis 1917 deren Herausgeber und leitender Redakteur. Sie war in dieser Zeit die wichtigste Zeitschrift der SPD, in der alle wesentlichen Grundsatzdebatten geführt wurden.

Gemeinsam mit Bernstein hatte Kautsky am Entwurf für das 1891 auf dem Parteitag in Erfurt angenommene Programm

der SPD gearbeitet, zu dem er dann nach dessen Beschluss einen Kommentar verfasst hatte, der in der Partei weite Verbreitung erlangt hatte. Dieser Kommentar zum Erfurter Programm der SPD wurde auch in der DDR 1965 im Dietz-Verlag, dem Parteiverlag der SED herausgegeben, in dem das Buch „Die Vorläufer des neueren Sozialismus“ von Kautsky bereits 1947 erschienen war. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs trat Kautsky als Gastredner in der SPD-Reichstagsfraktion dafür ein, den Kriegskrediten nicht zuzustimmen, sich aber wenigstens der Stimme zu enthalten. 1917 gehörte er mit Eduard Bern-



stein zu den Mitgründern der Sozialdemokratie (USPD), weshalb er die Leitung „Der Neuen Zeit“ abgeben musste. Nach der Novemberrevolution 1918 wurde Kautsky als Vertreter des Rates der Volksbeauftragten Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. Hier befasste er sich

tiefgehend mit der Frage der Kriegsschuld und veröffentlichte noch 1919 mit „Wie der Weltkrieg entstand“ eine erste kritische Studie zur Verantwortung Deutschlands für die Entfesselung des I. Weltkrieges.

1922 kehrte er zur SPD zurück und war Mitautor des wieder stärker kapitalismuskritischen Heidelberger Programms der SPD von 1925, nachdem im Görlitzer Programm von 1921 der Schwerpunkt auf Reformpolitik gelegt worden war.

Revolution, Sozialismus und Demokratie

Obgleich Kautsky die Bolschewiki als „die erste sozialistische Partei in der Weltgeschichte“ begrüßte, „der es gelang, ein großes Reich zu beherrschen, und die es unternahm, den Sozialismus zu verwirklichen“ und er auch die Friedensbemühungen der Sowjetregierung schätzte, stand er der Oktoberrevolution insgesamt recht skeptisch gegenüber. Eine dauerhafte sozialistische Entwicklung sei erst dann möglich, wenn ein Land ausreichend hoch industrialisiert sei und ein kultiviertes Proletariat eine bewusste und organisierte Mehrheit der Bevölkerung bilde – Bedingungen, die in

Russland nicht vorhanden waren. Kautsky stützte sich dabei auf Karl Marx, wenn er bekräftigte, dass eine Revolution nicht dekretiert werden könne und dass allein die Übernahme der politischen Macht nicht zur ökonomischen Befreiung des Proletariats führe, wenn dafür nicht die Bedingungen in der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus herangereift seien.

Um sich an der Macht zu halten, mussten die Bolschewiki zumindest vorübergehend Demokratie und Grundrechte einschränken, wie Lenin meinte. Allerdings blieb es nicht dabei und aus dem „vorübergehend“ wurden bis zum Zusammenbruch des Sozialismus über sieben Jahre. Und so sah Kautsky schon damals in der Unterdrückung der Demokratie, der Ausschaltung von freien Wahlen, Pressefreiheit und Vereinigungsfreiheit die „Erbsünde des Bolschewismus“, was er unter Verweis auf Rosa Luxemburg auch aus dem ultrazentralistischen Parteimodell der Bolschewiki herleitete, was diese schon 1904 grundsätzlich abgelehnt hatte.

In seiner Schrift „Die Diktatur des Proletariats“ (Wien 1918) übte Kautsky scharfe Kritik an den antidemokratischen Praktiken der Sowjetmacht, woraufhin Lenin mit einer geharnischten Polemik in seiner Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (Moskau 1918) antwortete. Aber auch in den eigenen Reihen stieß Kautsky nicht nur auf Zustimmung. So entgegnete der Berliner Verleger Adolph Hoffmann, Mitbegründer der USPD, „die schwersten Bedenken“ gegen Kautskys Schrift, denn in „einem Augenblick, wo die Genossen in Rußland um Leben und Tod kämpfen, soll man (ihnen) nicht mit einer solchen Schrift ... in den Rücken fallen“, weshalb Hoffmann die Herausgabe der Schrift in seinem Verlag ablehnte. Aus damaliger Sicht war das eine verständliche Reaktion.

Aus heutiger Perspektive jedoch muss eingestanden werden, dass Kautskys Kritik an der Macht der Bolschewiki nicht unberechtigt war, insbesondere sah er in der despotischen Machtausübung eine eigene Logik, die in der Tendenz zu Bürokratisierung und Militarisierung der Gesellschaft und am Ende zur Herrschaft eines einzigen Autokraten führe. Das Stalinsche Regime sollte dafür später den Beweis erbringen. Für Kautsky stand deshalb unverrückbar fest: „Wir verstehen unter dem modernen Sozialismus nicht bloß gesellschaftliche Organisation der Produktion sondern auch demokratische Organisation der Gesellschaft. Der Sozialismus ist demnach für uns untrennbar verbunden mit der Demokratie. Kein Sozialismus ohne Demokratie.“

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kam am 8. Februar im Bürgerbüro in Döbeln zu seiner planmäßigen Sitzung zusammen. Es wurden folgende Schwerpunkte behandelt.

- Bildung eines Standpunktes des Kreisvorstandes zur **aktuellen Strukturdebatte im Landesverband Sachsen**. Dazu nahm als Vertreter einer im Landesvorstand gebildeten Arbeitsgruppe **Tilman Loos** an der Beratung teil und informierte eingangs über den aktuellen Stand. An der Diskussion nahmen auch die beiden mittelsächsischen Vertreter im Landesrat, **Angelika Schubert** (Brand-Erbisdorf, sie ist gleichzeitig Mitglied des Kreisvorstandes) und **Peter Emmrich** teil. (Anmerkung: Auf die Strategiedebatte im Landesverband Sachsen und die gegenwärtig laufenden Debatten zur Struktur und zu den Finanzen gehen wir auf Seite -5- ein. Tilman Loos verwies u.a. darauf, dass der Landesverband seit 2007 zwar ein Drittel seiner Mitglieder verloren habe, die Vielzahl der Gremien aber in unveränderter Größe weiter existiert. Nach Beratung mit allen Kreisverbänden soll bis Mitte März ein Diskussionspapier vorliegen.
- Der Kreisvorsitzende Falk Neubert informierte über den „Kleinen Parteitag“ am 5. Februar, in dessen Mittelpunkt die **Finanzen des Landesverbandes** standen. Dort wurde auch ein Fahrplan für die mittelfristige Finanzplanung im Landesverband beraten.
- Im Zusammenhang mit der **Schließung des Krankenhauses Rochlitz** wurde die klare Haltung der Kreistagsfraktion der LINKEN gegen die Schließung hervorgehoben. Kritik wurde zur Informationspolitik der „Freien Presse“ geäußert. Die Haltung der LINKS-fraktion fand zunächst - im Gegensatz zu den anderen Parteien - keine Erwähnung.
- Veranstaltungen zum **Internationalen Frauentag 2016**. Diese finden u.a. in der Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Wiederau, in Brand-Erbisdorf, Döbeln und Freiberg statt.
- Die **Vorbereitung des 1. Mai 2016**. Dabei will sich der Kreisverband auf Veranstaltungen in Döbeln, Freiberg und Mittweida konzentrieren, teilweise zusammen mit Partnern, wie dem DGB und dem Studierendenrat. Dabei wird die Orientierung auf Familienfeste liegen, an denen möglichst viele Flüchtlingsfamilien teilnehmen sollen.

Am Samstag, dem 5. März, kommt es zur **Gründung des Liebkecht-Kreises Mittelsachsen**. Alle interessierten Genoss_innen sind herzlich und ausdrücklich eingeladen, mitzuwirken. Die Runde soll schon gegen Vormittag starten. Alle, die sich rechtzeitig rückmelden, bekommen eine persönliche Einladung mit Zeitpunkt und Ort der Veranstaltung. Interessierte melden sich bitte per eMail unter reik.kneisel@dielinke-mittelsachsen.de oder telefonisch unter **0178/7130516**.

unsere jubilarer

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !



im monat märz 2016 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

Manfred Gumprecht	geb. am 01.03.1941,	in	Penig
Gerhard Imhof	geb. am 02.03.1926,	in	Mittweida
Annelies Schlüter	geb. am 03.03.1927,	in	Klipphausen
Klaus Fandrich	geb. am 06.03.1936,	in	Lichtenberg/E.
Siegfried Gilat	geb. am 09.03.1932,	in	Erlau
Helga Onißeit	geb. am 10.03.1936,	in	Seelitz
Erika Steyer	geb. am 11.03.1930,	in	Oederan
Liesbeth Möller	geb. am 13.03.1932,	in	Freiberg
Werner Köhn	geb. am 14.03.1936,	in	Penig
Jürgen Müller	geb. am 16.03.1946,	in	Leisnig
Jutta Bochmann	geb. am 20.03.1933,	in	Mulda/Sa
Horst Hammer	geb. am 21.03.1928,	in	Wechselburg
Wilhelm Reinhard	geb. am 21.03.1921,	in	Altmittweida
Ortrun Kötzsch	geb. am 22.03.1936,	in	Brand-Erbisdorf
Sieglinde Widera	geb. am 22.03.1934,	in	Brand-Erbisdorf
Irmgard Hawer	geb. am 26.03.1929,	in	Leisnig
Werner Stephan	geb. am 29.03.1936,	in	Geringswalde
Danuta Klug	geb. am 29.03.1928,	in	Brand-Erbisdorf
Lotte Leßig	geb. am 30.03.1923,	in	Hainichen
Heinz Koch	geb. am 31.03.1922,	in	Großhartmannsdorf
Hans-Joachim Klöpfer	geb. am 31.03.1930,	in	Freiberg

jahrestage im märz 2016

14.03. 1841: É. Cabet gründet in Paris die Zeitschrift „Le Populaire de 1841“, in der Ideen des utopischen Kommunismus propagiert werden.

04.03. 1936: Nazi-Ausstellung „Entartete Kunst“ in der „Hauptstadt der Bewegung“ München eröffnet.

07.03. 1936: Die deutsche Wehrmacht rückt in das bis dahin entmilitarisierte Rheinland ein.

05.03. 1946: Winston Churchill prägt in seiner Rede in Fulton (USA) dem Begriff vom „Eisernen Vorhang“. Die Rede gilt als Auftakt des Kalten Krieges.

20.03. 1956: Tunesien wird unabhängig.

04.03. 1991: Als letzter Vertragspartner ratifiziert der Oberste Sowjet der UdSSR in nicht-öffentlicher Sitzung das Zwei-plus-Vier-Abkommen über die volle Souveränität Deutschlands.

19.03. 1991: Die SPD-Führung spricht sich für eingeschränkte Einsätze deutscher Soldaten unter UNO-Kommando aus.

01.03. 2011: Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg muss wegen einer Plagiatsaffäre zurücktreten.

11.03. 2011: Ein Tsunami löst die Nuklearkatastrophe von Fukushima aus.

zum schmunzeln

Toleranz ist der Verdacht, daß der andere Recht hat.

Kurt Tucholsky

Erziehung ist organisierte Verteidigung der Erwachsenen gegen die Jugend.

Mark Twain

terminübersicht

februar 2016

27.02. 09 Uhr Tag der Mitglieder & Landesweiten Zusammenschlüsse im Landesverband Sachsen

29.02. 14 Uhr Redaktionsberatung der LinksWorte Kreisgeschäftsstelle, Freiberg, Lange Straße 34

märz 2016

01.03. 18 Uhr Beratung der Kreisschatzmeister und Kreisgeschäftsführer Haus der Begegnung, Großenhainer Str. 93, Dresden

04.03. 18 Uhr Verleihung des Clara-Zetkin-Preises GLS-Campus, Kastanienallee 82, Berlin

05./06. 03. Bundesfrauenkonferenz der LINKEN GLS-Campus, Kastanienallee 82, Berlin

07.03. 19 iUhr Sitzung des Kreisvorstands Bürgerbüro Falk Neubert, Mittweida, Weberstraße 30

08.03. Frauentagsfeiern, u.a. in der Clara-Zetkin-Gedenkstätte Wiederau und im Regenbogenhaus Freiberg

18./19.03. Friedens- und entspannungspolitische Konferenz der LINKEN Konferenzgebäude am Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Im Januar berichteten wir über die die Veranstaltung zum 27. Januar in Dittersbach im Erzgebirge. In Rochlitz (unser Bild) traf man sich am Gedenktag am Denkmal für die zur Zwangsarbeit verdamnten jüdischen Frauen. Es gab drei Redebeiträge vom Vorsitzenden der Ortsgruppe **Robert Sobolewski**, **Jan Sobe** vom Bon Courage e.V. und **Sven Krause** vom Rochlitzer Geschichtsver-



Der **Verein Alternatives Jugendzentrum Leisnig e.V.** veranstaltet mit Unterstützung der Linksjugend [solid] am 10.03.2016, 18 Uhr, einen kostenfreien Informationsabend zur Atomkatastrophe von Fukushima. Am 11. März vor fünf Jahren begann die größte atomare Katastrophe, die es jemals gab. Nacheinander explodierten im Verlauf einer Woche drei Reaktoren nach einem vergleichbaren Schema. Die benachbarten Reaktoren setzten angesichts des Ausfalls der Sicherheitssysteme ebenfalls Radioaktivität frei. Bis heute ist das Reaktorunglück nicht vorbei. Ständig wird weitere Strahlung ins Meer und an die Luft abgegeben. Der Vortrag informiert über den Unfallverlauf und die aktuelle Situation, Auswirkungen auf die Menschen der Nordhalbkugel, politische Konsequenzen und was uns - vermutlich - noch erwartet. Infos/Kontakt unter ajz-leisnig@riseup.net



Am 25. Januar 2015 ist unser Genosse

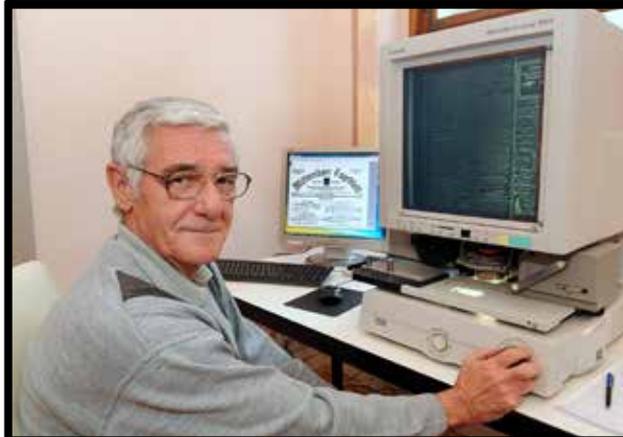
Werner Staschkeit

im Alter von 71 Jahren plötzlich verstorben. Er war Autor und Mitautor von 12 historischen Büchern und Publikationen zur Stadt- und Hochschulgeschichte von Mittweida.

Er reißt eine große Lücke und wird uns sehr fehlen.

Wir werden sein Andenken stets bewahren.

DIE LINKE Ortsverband Mittweida



Ein Gruß

Die Zeit vergeht. Viel zu schnell. Fast geht es unter in der Flut der Ereignisse, wenn man erfährt, da ist einer gegangen. Viel zu früh, wie nun alle meinen. Nein, die Uhr ist einfach abgelaufen. Versäumt hat man die Zeit miteinander. Bedauern bei dem, der zurückbleibt. Mir geht es so. Ich hatte den „Auftrag“, Werner für die Leser der LinksWorte über sein Leben, seinen Werdegang zu befragen. Daraus wurden weitere Begegnungen für Beiträge zur Mittweidaer Hochschule. Werner bleibt einer Derjenigen, denen man gern zuhört, ja mit denen man befreundet sein möchte. Dazu ist es nicht gekommen - leider. Wir, die Macher der LinksWorte schicken Werner diesen Gruß - hinterher.

Michael Matthes im Namen unserer Redaktion

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen:

Siegfried Uhlig aus Oederan
Helmut Jahn aus Oederan
Else Lippmann aus Mittweida

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.